

Heiner Geißler zum SPD-Parteitag
in Offenburg: Rau hat keine Chancen

Strategie der SPD ist gescheitert

Der SPD-Parteitag in Offenburg war ein Parteitag der Ratlosigkeit und Resignation. Keiner sprach es aus, aber alle Delegierten dachten dasselbe: Raus Strategie der absoluten Mehrheit ist gescheitert. Mit den Grünen will und kann er nicht Bundeskanzler werden. Die anderen Parteien, FDP und Union, lehnen eine Koalition mit dieser SPD strikt ab. Der Kandidat der SPD kann infolgedessen dem deutschen Volk nicht erklären, wie und mit welchen Inhalten er Bundeskanzler werden kann; also muß er — ob er will oder nicht — Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bleiben — bis 1990.

Die SPD ist eine Plagiatpartei geworden. Sie holt sich die grünen Themen, um grüne Wähler zu gewinnen. Sie holt sich die Themen von der CDU, um Wähler der Mitte zu gewinnen. Aber diese Wähler wählen natürlich lieber das Original als das Plagiat. Die SPD ist vor allem deshalb nicht mehr wählbar, weil sie ihre politische Identität verloren hat. Themenklau ist kein Ersatz für ein eigenständiges Programm.

Selten war eine Partei drei Monate vor der Bundestagswahl so demobilisiert und demotiviert wie die SPD im Augenblick. Dafür sehe ich insbesondere folgende Gründe:

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Renten

Norbert Blüm: Höchste Steigerung seit acht Jahren. Seite 7

● IG Metall

Marsch in die Konfrontation schadet vor allem den Arbeitnehmern. Seite 9

● CDU/CSU-Fraktion

Vorschläge gegen Gewalt und Terror gebilligt. Seite 11

● Mittelstand

Bericht vom Fachkongreß „Frau im Mittelstand“. Seite 16

● Bundestag

Baugesetzbuch verabschiedet — Damit unsere Städte wieder wohnlich werden. Seite 17

● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung neuer Argumentations-Broschüren. Seite 20

● Dokumentation

DGB-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl '87 — Wahlkampf für die SPD. (Grüner Teil)

Der jahrelange Machtkampf zwischen Linken und Rechten um die Führung der SPD ist in Nürnberg eindeutig zugunsten der Linken entschieden worden. Sie haben sich in zentralen Sachfragen und bei den Vorstandswahlen durchgesetzt. Der sozialdemokratische Flügel in der SPD um Helmut Schmidt, Hans Apel, Anne-marie Renger usw. spielt in der SPD keine Rolle mehr. Die Linken in der SPD um Lafontaine, Schröder, Bahr und Eppeler, die in Nürnberg den Parteikurs bestimmt haben, durften in Offenburg nicht mal reden, um bürgerliche Wähler nicht zu verschrecken. Dies demotiviert sowohl die Linken wie die Rechten in der SPD.

Niemand glaubt mehr an die absolute Mehrheit

Selbst die eigenen Anhänger der SPD wissen heute nicht, wofür die SPD eigentlich steht. Die SPD schwimmt wie ein Korken auf den Wellen der Stimmungsdemokratie. Die Schwerpunkte ihrer Wahlkampfführung entsprechen nicht einer langfristigen Konzeption und Strategie, sondern tagespolitischem Opportunismus. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist der Zickzackkurs der SPD in der Kernenergie. Heute rächt es sich, daß die SPD die Chance der Oppositionszeit nicht für eine programmatiche Erneuerung genutzt hat.

Außer Rau glaubt niemand in der SPD mehr an die eigene absolute Mehrheit. Die Absage der SPD an ein rot-grünes Bündnis wird immer unglaublich. Nach der Devise „ich hab's ja immer gesagt“ haben führende Sozialdemokraten realistischerweise schon längst ihren Rückzug von der Rauschen Wahlstrategie angetreten und Munition zurückgelegt für ein innerparteiliches Hauen und Stechen über die Ursachen einer Wahlniederlage. Zuerst stellten die erfahrenen Realisten in der SPD wie Hans

Koschnick („Ich möchte, daß Johannes Rau Kanzler wird, aber ich sehe nicht, daß wir auf Anhieb eine absolute Mehrheit bekommen.“ ARD, Brennpunkt, 18. September 1985) und Helmut Schmidt („Keine Partei wird im Januar 1987 in der Lage sein, allein zu regieren.“ Quick, 30. Oktober 1985), Raus Wahlstrategie in Frage; dann waren es die Genossen aus der zweiten Reihe, die mit einem rot-grünen Bündnis liebäugelten, wie Hans-Ulrich Klose („Mit bloßer Abgrenzungsrhetorik, einschließlich der Illusion, die Grünen unter 5 Prozent zu halten, sind die Aufgaben nicht zu bewältigen.“ SPIEGEL Nr. 28, 1986), anschließend die Mitverantwortlichen für die Wahlkampfstrategie der SPD wie Peter Glotz und Willy Brandt („43 Prozent sind ein schöner Erfolg.“ Die ZEIT, 25. Juli 1986), und schließlich warnte der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann den Kandidaten davor, im Bundestagswahlkampf auf die absolute Mehrheit zu setzen. (Süddeutsche Zeitung vom 22. Oktober 1986)

Tatsache ist: Die SPD kam bei neun von zehn Emnid-Umfragen dieses Jahres nicht über 41 Prozent. Sie erreichte kein einziges Mal jene 43 Prozent, die Brandt als „schönen Erfolg“ bezeichnete. In der neuesten Emnid-Umfrage liegt sie näher bei ihrem letzten Bundestagswahlergebnis von 38,2 Prozent.

Rau fällt es immer schwerer, die Strategiedebatte innerhalb der SPD über ein rot-grünes Bündnis unter der Decke zu halten. Diejenigen, die wie das SPD-Präsidentenmitglied Heide Wieczorek-Zeul und der Juso-Vorsitzende Michael Gugemos auf der SPD-Vorstandssitzung in Offenburg nach übereinstimmenden Presseberichten (Stuttgarter Nachrichten vom 27. Oktober 1986, Frankfurter Neue Presse vom 27. Oktober 1986) offen Raus Wahlstrategie entgegneten, drücken

doch nur aus, wovon die Mehrzahl der SPD-Wähler überzeugt ist: 74 Prozent der SPD-Wähler, so die neueste EMNID-Umfrage, glaubt nicht mehr an Raus „eigene Mehrheit“.

Nach anfänglicher Euphorie machen sich in der SPD zunehmend Ernüchterung und Resignation über den Kandidaten Rau breit. Nicht Rau bewegt die Partei, sondern Rau bewegt sich mit der Partei. Aktuellstes Beispiel: Nachdem die SPD in Nürnberg den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren beschlossen hatte, wollte Rau in seinem Regierungsprogramm auf die 10-Jahres-Frist verzichten. In Offenburg wurde er aber von den Delegierten gezwungen, diese Frist in sein Programm aufzunehmen.

SPD übernimmt immer mehr grüne Positionen

Die SPD in Nürnberg hat in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Energiepolitik grüne Positionen übernommen, (z. B. Kündigung des SDI-Abkommens, Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses, atomwaffenfreie Zone in Europa, keine Verlängerung der Wehrpflicht, Kürzung des Verteidigungsetats, Anti-Amerikanismus, Bagatellisierung der Bedrohung durch die Sowjetunion, Ausstieg aus der Kernenergie). Sie will damit den Grünen Stimmen abnehmen. Die Landtagswahl in Bayern hat aber gezeigt, daß die Anpassung der SPD an die Grünen die SPD schwächt und die Grünen stärkt. Der grüne Wähler zieht das politische Original dem Plagiat vor. Mit ihrem Anpassungskurs überläßt die SPD den Grünen die Führung in der Opposition und wird gleichzeitig die politische Voraussetzung für die Bildung eines rot-grünen Paktes nach der Bundestagswahl geschaffen. Damit gibt die SPD radikalen politischen Vorstellungen der Grünen die

Chance, Einfluß auf die deutsche Politik zu gewinnen.

Konfuse Wahlparole

Die SPD hat plötzlich das Thema Zukunft entdeckt. Aber sie hat es offenbar inhaltlich nicht bewältigt. Denn ihr Slogan „Erneuern, um Zukunft zu bewahren“ spiegelt die Verwirrung und die Hektik, in der sich die SPD befindet, wider: Wie kann man etwas, das noch gar nicht da ist, wie die Zukunft, eigentlich bewahren? Und wie kann man eine Wahlausage, die nach den Regeln der Logik einen Widerspruch in sich darstellt, eigentlich dem Wähler vermitteln? Noch nie hat es eine derart konfuse Wahlparole gegeben.

Die SPD will Facharbeiter, Mittelständler, die technische Intelligenz und Selbständige aus der bürgerlichen Mitte ansprechen mit ihrem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einem neuen Steuerprogramm und durch ein „neues Image“. Das Vorbild, dem die SPD dabei nacheifert, ist gut: Es ist nämlich die CDU. Plötzlich singen die Sozialdemokraten, wie die CDU auch, zum Abschluß des Bundesparteitages das Deutschlandlied und nicht mehr, wie bisher, sozialistische Kampflieder. Und Rau beginnt seine Rede mit dem Motto des 30. CDU-Bundesparteitages (2. bis 5. November 1981 in Hamburg): „Unser Land braucht einen neuen Anfang.“ Aber auch hier gilt: Das Original ist besser als das Plagiat.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit will die SPD mit „mehr öffentlichen Zukunftsinvestitionen für eine beschäftigungsorientierte Politik“ erreichen. Dabei gesteht die SPD selbst ein, daß es „beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit keine schnellwirkenden Patentrezepte gibt“. Sie will „von der Geldpolitik über die Förderung der Investitionen und In-

novationen bis hin zur Förderung regionaler und sektoraler Strukturpolitik alles ausschöpfen“.

Dies bedeutet im Klartext u. a.: Die Bundesbank soll zu einer expansiven Geldpolitik veranlaßt werden, die in der 1. Stufe Inflation und in der 2. Stufe neue Arbeitslosigkeit produziert. Über die Investitionsförderung macht die SPD keine konkreten Aussagen. Entscheidend ist dabei, daß sie vor allem an öffentliche Investitionen denkt, über deren Finanzierung sie allerdings keine Klarheit schafft.

Das sogenannte Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ soll mit Hilfe von Zins- und Investitionszuschüssen realisiert werden, die die Energieverbraucher mit ca. 4,7 Milliarden DM belasten.

Die Gewährung einer „steuerfreien Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen“ bedeutet bei einer Höhe von 50 000 DM im Jahr eine Belastung des Haushaltes in Form von Steuermindereinnahmen von 3 bis 4 Milliarden DM.

Die Absicht, die Rahmenbedingungen für mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen zu verbessern, würde sich bei einer Verwirklichung des Regierungsprogramms erheblich verschlechtern, da neue Kostenbelastungen für die Wirtschaft entstünden; die Steuerbelastung für Arbeitnehmer steige und neue bürokratische Hemmnisse die Investitionsbereitschaft beeinträchtigten.

In der Wirtschafts- und in der Finanzpolitik gibt die SPD staatlichen Regelungen und Reglementierungen eindeutig den Vorrang vor einer dezentralen Steuerung der Wirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD laufen auf eine interventionistische Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft hinaus, die vor allem auf den Staat, aber kaum auf den einzelnen Menschen vertraut.

Das Versprechen der SPD, ihr Programm solide zu finanzieren, ist nicht einlösbar. Ihr Weg führt zu mehr Staatsverschuldung, zu höheren Steuern und Abgaben, zu neuer Inflation, zu Zinssteigerung und schließlich zu neuer Arbeitslosigkeit.

Steuerpläne der SPD belasten auch Facharbeiter und Mittelständler

In Offenburg hat die SPD das Thema „Steuerpolitik“ entdeckt. Im Gegensatz zu der von der Bundesregierung beschlossenen 2. Stufe der Steuerreform 1988 und der vorgesehenen großen Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode, die eine Steuerentlastung in Höhe von 40 Milliarden Mark bringen wird, beabsichtigt die SPD nur eine Steuerumverteilung ohne die Gesamtsteuerbelastung zu verringern. Diese Umverteilung und der daraus resultierende Steuertarif haben jedoch zur Folge, daß gerade Facharbeiter, Industriemeister, Ingenieure, Angestellte und kleine Selbständige wegen des steileren Progressionsverlaufs in eine höhere Grenzbelastung geraten, als bei der 2. Stufe der Steuerreform der CDU-geführten Bundesregierung. Die SPD will eine „gerechtere Steuerpolitik“. In Wirklichkeit belastet sie gerade jene Gruppen, die besonders leistungsbereit sind und für die Dynamik unserer Wirtschaft in einem leistungsfähigen Sozialstaat unverzichtbar sind.

Die 1986 begonnene leistungs- und familienfreundliche Steuersenkungspolitik der Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt. Die Kinderfreibeträge werden angehoben. Für kleine Einkommen, insbesondere in der unteren Proportionszone, wird der Grundfreibetrag erhöht, und durch die Einführung eines durchgehend linear-progressiven Einkommensteuertarifs wird die unerträglich hohe Grenzbelastung für

die große Mehrzahl der arbeitenden Menschen verringert.

In Offenburg sprach Rau von einer „Industrie- und Technologiepolitik, die zusätzliche Exportchancen für neue hochwertige Produkte eröffnet.“ Die Realität sieht anders aus. In ihrem „Regierungsprogramm“ sagt die SPD nicht, wie ein forschungs- und exportfreundliches Klima geschaffen werden soll. In ihrem Irseer Grundsatzprogramm-Entwurf befürwortet die SPD die „politische Gestaltung der Technik“ sowie eine „bewußte Steuerung der technischen Innovation“;

die technische Innovation muß „demokratisch beherrschbar sein“, und die Arbeitnehmer müssen bei der Einführung neuer Techniken „gleichberechtigt mitbestimmen“. Damit würden die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und die Freiheit der Forschung der Vergangenheit angehören. Wie will eine Partei die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in den Spitzentechnologien sichern, wenn sie von Zukunftspessimismus und Technikfeindlichkeit geprägt ist und ihre Schlüsselworte in der Technologiepolitik „nicht genehmigen“, „stillegen“ und „gesellschaftlich steuern“ sind?

Pressestimmen zum Wahlparteitag der SPD

„Die SPD steht vor ihrem wahrscheinlich schwersten Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik.“

(Berliner Morgenpost vom 26. 10. 1986)

„Aufwind war in Offenburg kaum zu spüren.“ (Hessischer Rundfunk vom 26. 10. 1986)

„Die Lage ist ernst für die SPD.“ (Südwestfunk II vom 26. 10. 1986)

„Nur schwer faßt die SPD im Wahlkampf Tritt. Die Beobachter der Szene waren sich einig, daß nicht wie früher jener Funke übersprang, der die eigene Mitgliedschaft zur Mobilisierung der letzten Reserven aufrüttelte. Rau wirkte bei seinem Kampfappell verkrampt und erschöpft.“

(Reuter vom 27. 10. 1986)

„Träumer Johannes auf einsamem Weg. In der SPD fehlt manchem noch der Glaube an den Sieg.“ (AP vom 27. 10. 1986)

„Durch sein Machtwort mußte Rau neue rot-grüne Debatte stoppen.“

(Frankfurter Neue Presse vom 27. 10. 1986)

„Von Aufbruchstimmung war beim SPD-Wahlkongress in Offenburg nicht viel zu spüren.“ (Die Welt vom 27. 10. 1986)

„Raus Steuerreform — ... er will das für 1988 beschlossene Entlastungsvolumen von

etwa zehn Milliarden Mark nur wahlwirksamer verteilen. Mit Steuerreform hat das nichts zu tun.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 10. 1986)

„Die SPD in der Defensive“ — „... Aber wenn etwas an diesem Wochenende in der Oberrheinhalle zu Offenburg nicht auszumachen war, dann solcher Schwung. Statt dessen spiegelte der Parteitag das Dilemma, in dem der sozialdemokratische Wahlfeldzug steckt.“

(Süddeutsche Zeitung vom 27. 10. 1986)

„Ohne Biß“ — „... er vermochte es nicht, wie noch im sommerlichen Stimmungstief vor acht Wochen in Nürnberg, einen Umschwung zu Zuversicht oder gar zu einem neuen Aufbruch zu bewirken. Von dem Parteitag ging keineswegs das angekündigte Signal zur politischen Offensive aus... Den politischen Biß des Herausforderers läßt Rau vermissen.“

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 27. 10. 1986)

„Träumer Rau“ — „... Träumer gehören nicht an die Schaltthebel der Macht.“

(Abendpost-Nachtausgabe vom 27.10.1986)

„Nahezu alle Sozialdemokraten haben die Hoffnung auf einen Wahlsieg mit absoluter Mehrheit im Januar aufgegeben.“

(Bild vom 27. 10. 1986)

Wallmann sprach mit Sachverständigen für Umweltfragen

Am 23. Oktober hat Bundesumweltminister Walter Wallmann den Rat von Sachverständigen für Umweltfragen zu einem Gespräch über die Schwerpunkte künftiger Umweltpolitik empfangen. Dabei berichteten die Sachverständigen über ihre derzeitige Arbeit an einer Gesamtdarstellung der Umweltsituation in der Bundesrepublik Deutschland, die voraussichtlich im Sommer 1987 fertig sein wird.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß dieses Gutachten zu einer positiven Bewertung der zur Reinhaltung der Luft getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung in der 10. Legislaturperiode kommen wird.

Minister Wallmann drückte die Erwartung aus, daß der Rat auch in Zukunft mit seinen fundierten Analysen und Empfehlungen zur Versachlichung der Diskussion bei allen umweltpolitisch Verantwortlichen und in der Öffentlichkeit beitragen wird.

Sparen lohnt sich wieder

Die erreichte Geldwertstabilität macht sich nach Angaben der Sparerschutzgemeinschaft auch für die privaten Geldanleger bezahlt. Wie die Organisation in ihrem Jahresbericht 1985/86 feststellte, erreichte trotz rückläufiger Nominalzinsen die Realverzinsung mit fast 5 v. H. ein außerordentlich hohes Niveau. Erstmals seit den 50er Jahren erhielten die Sparer einen durch Inflation nahezu ungeschmälerten Zinsertrag.

Ökologie-Jahr

Christoph Böhr, Vorsitzender der Jungen Union, hat sich dafür ausgesprochen, Jugendlichen die Möglichkeit für ein frei-

williges Jahr als konkreten Beitrag zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung anzubieten. Mit einem solchen „Ökologie-Jahr“ könnte dem Bedürfnis vieler junger Menschen Rechnung getragen werden, meinte Böhr nach einer JU-Vorstandssitzung in Frankfurt. Als Vorbild könnte das bisher vor allen Dingen von kirchlichen Organisationen getragene freiwillige soziale Jahr dienen.

Keine Wahlempfehlungen

Die evangelische Kirche wird für die kommende Bundestagswahl keine Wahlempfehlungen für eine Partei aussprechen, erklärte der Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Jürgen Schmude. Die evangelische Kirche werde wohl zu drängenden Problemen Stellung nehmen, jedoch keine „Handreichungen zur Wahl“ geben. Auch „Prüfsteine“, wie sie der DGB vorgelegt hat, oder einen Forderungskatalog werde es nicht geben, erklärte Schmude.

Betriebsräte: SPD gefährdet 300 000 Arbeitsplätze

Betriebsräte aus der Kernenergiewirtschaft haben in einem Protestschreiben an den SPD-Parteitag in Offenburg die „sofortige Beendigung der Verteufelung der Kernenergie und der durch sie beschäftigten Arbeitnehmer“ gefordert. In dem am Rande des Parteitags verbreiteten Brief kritisierten die Arbeitnehmervertreter, daß die Partei ihren Beschuß für einen Ausstieg innerhalb von zehn Jahren „ohne vorherige Rücksprache mit den betroffenen SPD-Mitgliedern verabschiedet“ habe. Mit ihren Plänen, die auch einen Verzicht auf die Wiederaufbereitung, den schnellen Brüter und auf Reaktorexporte enthielten, gefährde die SPD 300 000 Arbeitsplätze und „unsere soziale Sicherheit“.

Mehr Geld für Rentner – Höchste Steigerung seit acht Jahren

Die Renten sollen zum 1. Juli des nächsten Jahres nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags von 0,7 Prozent um real rund drei Prozent steigen. Um den gleichen Satz sollen auch die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sowie das Altersgeld für die Landwirte angehoben werden. Der Bundestag überwies nach erster Lesung den entsprechenden Gesetzentwurf an die Parlamentsausschüsse.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm betonte vor dem Parlament, bereits in diesem Jahr seien die Rentner zweifach auf der Gewinnerseite. Erstens nähmen sie am Aufschwung teil, zweitens wüchsen die Rentenrücklagen wieder. 1986 habe die höchste reale Rentensteigerung seit acht Jahren gebracht. Wörtlich sagte Blüm:

„Die Wirtschaft wächst, die Löhne steigen deutlich, wir haben einen Zuwachs an Beschäftigung. Die Rentner profitieren von der Entwicklung, weil sich die Rentensteigerung an den Lohnzuwachsen orientiert. In diesem Jahr gibt es die höchste reale Rentensteigerung seit acht Jahren. Denn die Inflation ist tot. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen uns für dieses Jahr um 0,5 Prozent sinkende Preise voraus. Eine so günstige Preisentwicklung hat es seit 1953 nicht mehr gegeben. Die effektive Rentenerhöhung kommt diesmal vollständig bei den Empfängern an. Das war nicht immer so. 1980 stiegen die Renten zwar um 4 Prozent, aber die Rentner mußten 5,4 Prozent höhere Preise verkraften. 1981 kletterten die Renten um 4 Prozent, aber die Lebenshaltungskosten für den Rentnerhaushalt stiegen um 6,1

Prozent. Unter dem Strich blieb damals jeweils weniger im Portemonnaie. Jetzt hat dieser Taschendiebstahl durch Inflation ein Ende. Der Stabilitätsgewinn – verglichen mit 1982 – bringt einem durchschnittlichen Rentner- und Pensionärshaushalt 1800 DM im Jahr. Das ist soviel wie fünf Durchschnittsmieten kosten. Das sind 4,7 Monatsausgaben für Nahrungsmittel, die Jahresausgabe für Strom und Heizung, 22 Monatsausgaben für Bekleidung und Schuhe. Das ist eine massive Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Außerdem behalten die Renten im Verhältnis zu den Löhnen ein hohes Niveau. Nach einem vollen Erwerbsleben – also mit 45 Beitragsjahren – betrug das Netto-Rentenniveau 1985 73,2 Prozent. Auch 1986 wird es höher liegen als zum Beginn dieses Jahrzehnts.

1980 hatte Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung das unter dem heutigen Stand liegende Rentenniveau als besonderen politischen Erfolg gefeiert:

„Der hohe Stand unserer Alterssicherung findet seinen Ausdruck in dem erreichten hohen Rentenniveau. Nach einem vollen Arbeitsleben, nach 45 Versicherungsjahren, liegt die Rente heute bei gut 71 Prozent des vergleichbaren Nettoeinkommens der aktiven Kollegen!“ (Regierungserklärung vom 24. November 1980)

Die SPD-Regierung bejubelte das als Rekordleistung.

Wir liegen heute über dem Niveau von 1980. Und das, obwohl sich durch die Steuererleichterungen die relative Position der Arbeitnehmer wieder verbessert hat.

Beide Gruppen — Rentner und Arbeitnehmer — haben gleichermaßen den Gewinn von unserer Politik. Denn die Gleichung heißt: Hohe Lohnzuwächse bringen hohe Rentensteigerungen.

Der Entwurf des Rentenanpassungsgesetzes sieht für 1987 nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags eine effektive Rentenerhöhung von rund drei Prozent vor.

Alles deutet darauf hin, daß dieser Anpassungssatz auch bei der endgültigen Übersicht über die 1986er Lohnentwicklung gut erreicht wird. Bei der erwarteten hohen Preisstabilität bleiben die Rentner auch im kommenden Jahr auf Gewinnerkurs.

Mehr Rentensicherheit

Die Rentenkassen füllen sich wieder. 13 Jahre Talfahrt der Rentenfinanzen haben ein Ende. Die Rücklage baut sich Schritt für Schritt auf. Sie wird 1990 30 Mrd. DM betragen. Das sind 2,3 Monatsausgaben. Selbst wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als prognostiziert verlaufen würde, wäre das Sicherheitspolster noch ausreichend. Die Rentenversicherung hat also wieder genügend Wasser unter dem Kiel.

Die positive Entwicklung wurde uns nicht geschenkt. Sie ist Ergebnis harter Arbeit. Über 60 Mrd. DM haben wir der Rentenversicherung in dieser Legislaturperiode zusätzlich verschafft. Außerdem füllt der Beschäftigungsanstieg die Rentenkasse. 500 000 Arbeitsplätze in zwei Jahren mehr — und jeder zusätzliche Beitragszahler erhöht die Rentensicherheit.

Lesbare Rentenbescheide

Zusätzliche Rentensicherheit stärkt das Vertrauen in die Rentenversicherung. Voraussetzungen für dieses Vertrauen ist aber auch mehr Transparenz. Konkret ge-

sagt: **Die Rentenbescheide müssen bürger näher werden. Wir haben mit den Rentenversicherungsträgern vereinbart, daß ihre Mitteilungen lesbarer werden.**

Konsens bei Strukturreform angestrebt

Das erreichte Sicherheitspolster der Rentenversicherung ist kein Ruhekissen. Denn die veränderte Alterspyramide verlangt nach strukturellen Weichenstellungen. Aber der Zeitdruck ist vom Tisch, und wir können die Reformen ohne Hektik vorbereiten. In der kommenden Legislaturperiode müssen die Weichen jedoch gestellt werden. Die Maßnahmen müssen in den 90er Jahren greifen.

Das verlangt Sorgfalt. Denn erstens wollen wir keinen Alleingang der Regierung, sondern eine breite Einigung. Rentenstreit ist Gift für das Vertrauen der alten Menschen, und alle Parteien müssen mit den künftigen Strukturen der Rentenversicherung leben. Zweitens geht es um Reformen, die für Jahrzehnte wirken sollen. Sie dürfen nicht mit heißer Nadel gestrickt werden.

Ich stehe zu meiner Bereitschaft, die Sozialpartner und die Opposition in die Diskussion einzubeziehen. Und ich sehe gute Chancen, daß wir — vielleicht nicht in jedem Detail, aber doch in den Eckpunkten — zusammenkommen werden.

System fortentwickeln

Entscheidend ist, daß wir auch zukünftig im System der lohn- und beitragsbezogenen Rente bleiben. Es hat sich in seiner hundertjährigen Geschichte — die Kriege, Kriegsfolgen, Vertreibung, Wirtschaftskrisen und Inflation gebracht hat — gut bewährt. Ein System, das solche schwerste Belastungen in der Vergangenheit überstanden hat, wird auch die demographischen Probleme der Zukunft bewältigen können.“

Marsch in die Konfrontation schadet vor allem den Arbeitnehmern

Der Hamburger Kongreß der IG Metall hat gezeigt, daß sich die größte Industriegewerkschaft der Bundesrepublik Deutschland bedenkliche, aber auch ermutigende Optionen offenhält, erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Lothar Späth:

Die Volkspartei CDU ist — schon im Interesse an der Fortentwicklung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft — bereit, die Zusammenarbeit mit der IG Metall voranzutreiben. Dazu aber ist es notwendig, daß die Gewerkschaft, die jetzt offensichtlich am Scheideweg zwischen Systemveränderung und Sozialpartnerschaft steht, unter Leitung ihres neuen ersten Vorsitzenden, Franz Steinkühler, sich ihrerseits dem Marsch in die Konfrontation versagt.

Die CDU jedenfalls begreift die IG Metall keineswegs von vornherein als gesellschaftliche und politische Gegenmacht, und den Vorwurf, von einer Politik des Klassenkompromisses zu einer Politik der Klassenkonfrontation übergegangen zu sein, müssen wir entschieden zurückweisen. Die CDU ist dafür die falsche Adresse, und ich würde es sehr bedauern, wenn wir ihn an die IG Metall zurückadressieren müßten. So verstehen wir die ins System der Einheitsgewerkschaften eingebundene IG Metall nicht. Wir verstehen die IG Metall als Partner und wichtige Interessenvertretung, die ihren Platz in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung akzeptiert — es sei denn, die Gewerkschaft belehrt uns eines Schlechteren.

Die IG Metall weiß auch, daß dieses Demokratieverständnis, von dem ich hoffe,

daß es von ihr nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, unsere entschiedene Ablehnung der gewerkschaftlichen Kontrolle über den Einsatz und die Verfügungsgewalt neuer Technologien beinhaltet und beinhalten muß.

Der Kongreß der IG Metall hat aber auch ermutigende Optionen sichtbar gemacht. Dazu zähle ich das Bekenntnis zur modernen Technik, die Öffnung für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Arbeitsformen und die Signale der Gesprächsbereitschaft in Fragen von zentraler strukturpolitischer Bedeutung. Hier sehe ich wichtige Ansätze dafür, daß die IG Metall die wirtschaftsstrukturellen Neuerungsprozesse verarbeitet, die notwendige Hinwendung zu einem neuen, individualisierten Arbeitnehmerbegriff in Angriff nimmt und die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen politischen Kräften ins Auge faßt, ohne sich dabei ideologische Scheuklappen anzulegen.

In einem „Welt am Sonntag“-Interview sagte **Norbert Blüm** über die IG Metall u. a.: Die Arbeitnehmer verdanken der Gewerkschaft viel. Es wäre geradezu eine Tragik der Geschichte, wenn die Gewerkschaft die Differenzierung der Lebenslagen, die sie mitbewirkt hat, nicht zur Kenntnis nehmen und daran zugrunde gehen würde. Es kann sein, daß die Gewerkschaftsfunktionäre sich über die Gefahr ihrer Abnabelung von der Mehrheit der Arbeitnehmer hinwegtäuschen. Der Beifall im Saal ist nicht gleich der Zustimmung der Arbeitnehmer. Wer es nicht wußte, hat dies spätestens in der niedersächsischen und bayerischen Landtagswahl erfahren. Trotz eines millionenschweren Einsatzes der IG Metall gegen

Ernst Albrecht und Franz Josef Strauß haben die beiden ihre Wahlen gewonnen und die SPD hat in Bayern eine vernichtende Niederlage erlitten...

Wir kommen nur weiter, wenn die Bereitschaft zu einem neuen Anfang auf allen Seiten wächst. Laßt Vergangenheit Vergangenheit sein. Wenden wir uns den Problemen der Zukunft zu. Die Arbeitslosen haben schließlich nichts von einem Gezänk zwischen Regierung und Gewerkschaften. Zusammenarbeit kann allerdings nicht bedeuten, daß wir uns um des lieben sozialen Friedens willen jede Unverschämtheit und Unwahrheit gefallen lassen...

Parteipolitische Scheuklappen sind keine gewerkschaftlichen Sehhilfen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Und warum sollte es nicht auch zu einer Wende der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und der Bundesregierung kommen. Die vorsichtige Hinwendung zur Flexibilisierung durch Franz Steinkühler ist eine Brücke. Sie muß von beiden Seiten gegangen werden. Also, probieren wir es noch einmal.

Umfrage: Fast 70 Prozent von Gewerkschaften enttäuscht

Der Neue-Heimat-Skandal hat das Vertrauen der Bevölkerung zu den Gewerkschaften schwer erschüttert. 69,2 Prozent haben kein Vertrauen zu den Gewerkschaften mehr — selbst die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist generell enttäuscht von ihren Funktionären. Das ergab eine Blitzumfrage von Marplan im Auftrag von „Bild am Sonntag“. 75,8 Prozent der Bundesbürger finden den Verkauf der Neuen Heimat an den Brotfabrikanten Schiesser schlecht — von den Ge-

Zitat des Tages

„Kanzler und Ex-Kanzler — Kohl, Brandt, Schmidt — standen in Untersuchungsausschüssen stundenlang Rede und Antwort. Aber der Zeuge Lappas, dieses Schulbeispiel der neuen Armut mit 750 000 Mark Gehalt und erlesenen Jagdgewohnheiten, muß wohl etwas Besseres sein.“

*(Manfred Langner,
CDU-Bundestagsabgeordneter)*

werkschaftsmitgliedern sogar noch mehr. Die Weigerung des Chefs der Gewerkschaftsholding BGAG, Lappas, vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages auszusagen, halten 81,3 Prozent für nicht richtig. 65,7 Prozent der Bürger halten es für gerechtfertigt, daß Lappas deswegen in Beugehaft genommen wurde.

SPD-Austritt

Der Cuxhavener Bundestagsabgeordnete Karl-Arnold Eickmeyer ist am 27. Oktober 1986 aus der SPD ausgetreten. Er begründete seinen Austritt damit, daß sich die Partei auf Bundesebene „ein gerüttelt Maß an Schuld“ für den Niedergang der Regierung von Helmut Schmidt zurechnen müsse und er die heutige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Teile der Wirtschaftspolitik der SPD nicht mehr mittragen könne.

Eickmeyer gehört dem Bundestag seit zwei Legislaturperioden mit einer Unterbrechung von zwei Jahren an. In die SPD war er 1968 eingetreten. Fortan wird Eickmeyer sowohl in den örtlichen Parlamenten als auch im Bundestag als parteilos Abgeordneter arbeiten.

Terrorismusbekämpfung: Auch FDP für Kronzeugen-Regelung

Die Fraktion der CDU/CSU hat am 23. Oktober d. J. zustimmend die Vorschläge zur Terrorismusbekämpfung zur Kenntnis genommen, die von der Arbeitsgruppe der CDU/CSU und FDP unter Vorsitz von Bundesminister Schäuble vorgelegt worden sind.

Die Koalitionsparteien haben sich auf die Einführung einer Kronzeugenregelung geeinigt. Von der weiteren Strafverfolgung gegen einen terroristischen Gewalttäter kann abgesehen werden, wenn dieser sich so umfassend offenbart, daß eine schwere Straftat über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufgeklärt oder ein Mittäter oder Teilnehmer ergriffen werden kann.

Durchgesetzt worden ist eine Erweiterung des Tatbestandes der Bildung terroristischer Vereinigungen.

Auch Anschläge, die z. B. gegen den Schienenverkehr, gegen Hochspannungs-

leitungen oder andere Anlagen öffentlicher Betriebe gerichtet sind, sollen nun von dieser Vorschrift erfaßt werden.

Die Anleitung zu schweren Straftaten soll wieder unter Strafe gestellt werden; eine Maßnahme, die sich als notwendig erwiesen hat, nachdem eine entsprechende Strafbestimmung zu Zeiten der sozialdemokratischen Regierung 1981 aufgehoben wurde.

Schließlich wird die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts zur Verfolgung revolutionärer Zellen und anderer terroristischer Kleingruppen sowie von Terrororganisationen begründet, die vom Ausland her gegen die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland operieren.

Außerdem wurde beschlossen, das Gesetz über Abfragen beim zentralen Verkehrsinformationssystem (ZEVIS) aus dem zurückgestellten Paket der Sicherheitsgesetze zu lösen und sofort zu verabschieden.

Kernkraftwerke werden überprüft

Im Zusammenhang mit dem schweren Unfall im russischen Kernkraftwerk Tschernobyl und dadurch aufgeworfenen Fragen der Reaktorsicherheit in der Bundesrepublik Deutschland hat Bundesumweltminister Walter Wallmann eine internationale Überprüfung der Kernkraftwerke Biblis A, Krümmel und Philippsburg 2 angekündigt. Ziel ist es, erneut deutlich zu machen, daß wir in unseren Kernkraftwerken nichts zu verbergen haben und die Möglichkeit gerne nutzen, die hohe Sicherheit unserer Anlagen auch international unter Beweis zu stellen.

Aufschwung belebt auch die Bautätigkeit

Der Aufschwung in der deutschen Wirtschaft belebt auch die Bautätigkeit. Bundesdeutsche Unternehmen haben nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in Wiesbaden in den ersten sieben Monaten 1986 für 13,9 Milliarden DM Aufträge an das Bauhauptgewerbe vergeben. Das waren 12,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Baufirmen erwarten, daß diese positive Entwicklung zumindest bis in das Jahr 1987 hinein anhält. Wie optimistisch sie sind, zeigt auch eine Zunahme der Baumaschinenbestellungen gegenüber 1985 um 35 Prozent.

Rebmann befürwortet eine „Europäische Fahndungs-Union“

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat sich nachdrücklich hinter eine von der EVP-Fraktion initiierte Entschließung des Europäischen Parlaments gestellt, in der eine zentrale europäische Stelle zur Bekämpfung des Terrorismus gefordert wird. „Jeder, der in Europa von Amts wegen mit der Verfolgung terroristischer Straftaten befaßt ist, kann und muß diese klare Haltung des Europäischen Parlaments begrüßen“, sagte Rebmann.

Die vielfältigen internationalen Verbindungen und Verflechtungen im Terrorismus von links belegten, daß der Versuch, eine „revolutionäre antiimperialistische Front in Westeuropa aufzubauen“, fortschreite. Ein Europa der offenen Grenzen erfordere deshalb eine zentrale Institution mit europaweiter Kompetenz im Bereich der Strafverfolgung von Terroristen.

Der Generalbundesanwalt erklärte dies in Straßburg im Rahmen der „Straßburger Gespräche“, einer Veranstaltungsreihe der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments in Verbindung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Rebmann bezeichnete den Gedanken einer „Europäischen Fahndungs-Union“ wie er in der Bundesrepublik von politischer Seite ins Gespräch gebracht worden sei, als eine „außerordentlich hilfreiche Konzeption“.

Aktuell für die Sicherheitslage in der Bundesrepublik ist nach den Worten Rebmanns gegenwärtig nur der Terrorismus von links. Träger linksterroristischer Aktivitäten seien vor allem die „Rote Armee Fraktion (RAF)“ sowie die „Revolutionären Zellen (RZ)“. Das personelle Potential der RAF-Untergrundkommandos schätzte er auf derzeit mindestens 20 bis

25 Personen, das der sogenannten illegalen Militanten auf ein Mehrfaches des „Kommandobereichs“. Die besondere Gefährlichkeit der illegalen Militanten sehe er darin, daß sie nach Namen und Personen nur schwer zu enttarnen seien, weil sie überwiegend aus der Legalität heraus tätig würden.

Das neben diesen beiden Ebenen bestehende aktive Umfeld der RAF sei mit rund 200, das weitere Umfeld mit einem aktivierbaren Sympathisantenkreis mit mindestens 1 000 Personen zu veranschlagen. Rebmann sagte: „Alles in allem ist die RAF personell und sachlich in der Lage, terroristische Gewalttaten, vor allem gegen ganz bestimmte Symbolfiguren und Einrichtungen unseres Staates und unserer Gesellschaft, der NATO, der US-Streitkräfte auf deutschem Boden und der Wirtschaft zu begehen.“

Trotz der gegenwärtigen Gefährdungssituation sehe er jedoch die innere Sicherheit der Bundesrepublik nicht nachhaltig gefährdet. „Wir werden — da bin ich optimistisch — auf weite Sicht der terroristischen Täter habhaft werden“, fügte er hinzu.

Rebmann betonte, daß die Sorge für die innere Sicherheit nicht allein ein Problem der staatlichen Sicherheitsbehörden, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem sei. Zu dessen Lösung müßten alle gesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag leisten. Er werde auch von den Bürgern selber um so eher und mehr geleistet, „als sich die für die Sicherheitspolitik im Bund und in den Ländern politisch Verantwortlichen zu der Notwendigkeit eines wirkungsvoll vorbeugenden und Verbrechen verhindernden Staatsschutzes bekennen“.

Kiechles Gegenvorschläge wurden von der Fraktion gebilligt

Bundesminister Kiechle hat vor der CDU/CSU-Fraktion einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft abgegeben. Im Vordergrund standen dabei die drängenden Probleme auf dem Milchmarkt. In Anbetracht der steigenden Kosten des Milchmarktes nutzt die EG-Kommission in zunehmendem Maße ihre Befugnisse zur eigenständigen Marktverwaltung. Die Maßnahmen und Vorschläge gehen über die Aushöhlung der Intervention hin zu Preissenkungen.

Die Bundesregierung hat sich im Agrarrat mit Nachdruck gegen das damit einhergehende Unterlaufen der Marktordnungen und die Ausweiterungen der Kommissionskompetenzen gewandt. Bisher ist es gelungen, diese Vorschläge zurückzuweisen. Es besteht jedoch Handlungsbedarf; und wer die Überlegungen der Kommission nicht Realität werden lassen will, muß Gegenvorschläge präsentieren. Bundesminister Kiechle hat bei der letzten Ratsitzung einen Vorschlag vorgelegt, der dem Grundsatz „die Nichtproduktion muß sich mehr lohnen als die Überproduktion“ folgt.

Diese Grundüberlegung gilt nicht für den Milchmarkt allein; sie muß Meßlatte für die gesamten Überschußmärkte sein. Auf dem Milchmarkt müssen wir kurzfristig zu einer Senkung der Produktionsmenge kommen. Auf die Dauer kann sich der Ministerrat dem Bedrängen durch die Kommission nicht widersetzen. Es gilt das Heft selbst in die Hand zu nehmen und für die Landwirtschaft tragbare Gegenvorschläge vorzulegen. Der von Bundesminister Kiechle in Brüssel vorgelegte Ansatz sieht vor, eine bestimmte Milch-

menge vorübergehend stillzulegen. Dafür soll ein angemessener Ausgleich gewährt werden. Ziel ist, daß die Betriebe mit einer geringeren Produktion das gleiche Einkommen wie vorher erzielen können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Vorschlag von Bundesminister Kiechle zugestimmt und darum gebeten, daß auch in anderen Bereichen gemäß dem Grundsatz „Entlohnung der Nichtproduktion“ schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Die vorliegenden Kommissionsvorschläge im sogenannten „sozistrukturellen Paket“ enthalten brauchbare Ansätze. Diese sollten schnellstens beraten und umgesetzt werden, stellte MdB Susset fest.

Arbeitslosigkeit bleibt wichtigstes Problem

Die Arbeitslosigkeit ist auch 1986 das wichtigste Problem der Bevölkerung. Zwei von drei Bundesbürgern stufen den Abbau der Arbeitslosenquote an erster Stelle ihrer Prioritätenliste ein. Das geht aus einer Umfrage der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK) in Nürnberg bei 2000 repräsentativ ausgewählten Bürgern hervor. Die Bedeutung des Themas ist allerdings im Vergleich mit den Vorjahren etwas zurückgegangen. Während es in diesem Jahr 65 Prozent für wichtig hielten, waren es von 1982 bis 1985 jeweils 78, 74 und 76 Prozent.

An zweiter Stelle dieser Rangliste steht der Umweltschutz mit 43 Prozent, gefolgt von der Ausländerthematik mit 16 Prozent.

Verstärkte Förderung der deutschen Sprache

Das Interesse an der deutschen Sprache geht weltweit zurück. Das hat der Bericht der Bundesregierung „Förderung der deutschen Sprache in der Welt“ deutlich gemacht. Diesem Rückgang will die Bundesregierung nicht tatenlos zusehen. Nach Diskussionen in den Arbeitsgruppen und einer Expertenanhörung faßte der Unterausschuß für Auswärtige Kulturpolitik und der Auswärtige Ausschuß einen Entschließungsantrag, in dem die gegensteuernden Maßnahmen begrüßt wurden.

Der Rückgang der deutschen Sprache in der Welt muß uns mit Sorge erfüllen, stellt MdB Hornhues fest. Denn über unsere Sprache lernt der Ausländer unser Land besser kennen, unsere Geschichte und unsere gegenwärtige gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung. Der Entschließungsantrag fordert die Bundesre-

gierung auf, ihre Bemühungen zu verstärken: Aktualisierung der Lehrmaterialien, Intensivierung der pädagogischen Verbindungsarbeit, Erhöhung der Lehrerzahlen und Ausweitung der Werbung sowie der Anreize für das Erlernen von Deutsch als Fremdsprache. In einzelnen Regionen und Bereichen gibt es auch ein wachsendes Interesse: hier ist ein schneller und sachkundiger Einsatz nötig. Darüber hinaus müssen wir uns gezielt den deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen im Ausland zuwenden, besonders in den Ländern des Ostblocks und des amerikanischen Kontinents. Freilich müssen wir auch bereit sein, unsererseits fremde Sprachen, vor allem die der europäischen Nachbarn, in unseren Schulen anzubieten. Nur dann sind unsere Bemühungen um die deutsche Sprache in der Welt glaubwürdig als Bemühung um Verständigung und Freundschaft, frei von kulturellem Imperialismus.

US-Geheimfotos über Weltraum-Waffen

Mit neuesten Lichtbildern informierten die Amerikaner Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner während seines jüngsten Besuchs in den USA über die Weltraum-Rüstung der Sowjets und über den daraus erkennbaren Vorsprung Moskaus bei der Entwicklung von Weltraum-Waffen. „Ich habe die Amerikaner beschworen: Gebt doch endlich diese Geheimhaltung auf, zeigt das doch einmal den Journalisten, damit die Leute die Wirklichkeit erkennen“, sagte Wörner auf dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU in München und vertrat die Ansicht, erst das SDI-Projekt von Präsident Reagan habe die Sowjets an den Verhandlungstisch gebracht.

Jugendliche sind arbeitswillig

Eine den Jugendlichen häufig pauschal unterstellte Arbeitsunwilligkeit läßt sich nicht belegen. Dies ist das Ergebnis einer in Berlin veröffentlichten Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung. Das Institut hatte in Berlin 408 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Jugendliche zu beruflichen Perspektiven und Lebenseinstellungen befragt. Für 92 Prozent der Befragten bildet Arbeit einen wesentlichen Bestandteil des Lebens. Nur acht Prozent bestätigen die Aussage: „Auch ohne Arbeit könnte man ein glückliches Leben führen.“ Vor die Alternative gestellt, „Ausbildung oder Arbeit“, entscheiden sich 64 Prozent für eine Ausbildung.

SPD stellte Schaufensterantrag

Zur Auseinandersetzung um den SPD-Antrag auf Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage stellt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, folgendes fest:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es nicht für sinnvoll, die Bundesregierung zu einer steuerrechtlichen Maßnahme aufzufordern, die in den verbleibenden vier Sitzungswochen bis zum Ende der Legislaturperiode überhaupt nicht mehr erledigt werden kann. Niemand kann von uns erwarten, daß wir uns einem solchen Schaufensterantrag anschließen und damit beim Mittelstand Hoffnungen erwecken, die in dieser Legislaturperiode nicht erfüllt werden können.

Wir haben in der Steuerpolitik in den zurückliegenden vier Jahren zahlreiche Entlastungen für den Mittelstand durchgesetzt und weitere für die nächste Legislaturperiode angekündigt. Die Steuerpolitik der nächsten Legislaturperiode muß die nach wie vor unzureichende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen des Mittelstandes unter Verwendung mittelstandsspezifischer Steueraufnahmen verbessern. Dabei sind wir nicht dogmatisch festgelegt. Für uns lautet vielmehr die Frage: Wie können wir im Rahmen der künftigen Steuerreform Maßnahmen einführen, die zur Stärkung und Pflege des Eigenkapitals führen? Wir sind der Auffassung, daß dies durch die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage oder aber jede andere, in die gleiche Richtung wirkende Maßnahme geschehen kann. Dies muß jedoch eingebettet sein in ein Gesamtkonzept der Fortsetzung unserer Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Das durchsichtige Propagandamanöver der SPD, die auf der einen Seite mit einem ungedeckten Scheck in Richtung Mittelstand winkt und auf der anderen Seite mit den auf ihrem Parteitag beschlossenen Abgabenerhöhungen denselben Leuten das Geld in vielfacher Höhe wieder aus der Tasche ziehen will — dieses lächerliche Täuschungsmanöver machen wir nicht mit.

Pöhl belehrt Rau

Zum Interview des Bundesbankpräsidenten über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland stellt Hauser (Krefeld) u. a. fest:

Der Sozialdemokrat Karl Otto Pöhl hat in einem international verbreiteten Interview die verhängnisvolle Richtung deutlich gemacht, zu der Rau die Deutschen verführen will. Original-Ton Pöhl: „Auch nach vier Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik ist noch kein Rückschlag in Sicht. Mit einem realen wirtschaftlichen Wachstum von 3 Prozent ist die Bundesrepublik in dieser Hinsicht die führende westliche Nation vor den USA und Japan. Die deutsche Wirtschaft ist derzeit durch stabile Preise, eine starke Währung und eine Zunahme der Beschäftigung gekennzeichnet. Die D-Mark ist weltweit die zweitstärkste Währung, die Zinsen in der Bundesrepublik liegen unter den niedrigsten der Welt.“

Dem Kanzlerkandidaten Rau darf empfohlen werden, schleunigst aus seinen Träumen aufzuwachen. Wer den „Wechsel nach der Wende“ fordert, setzt alles das aufs Spiel, was der Experte Pöhl soeben zutreffend als Weltklasse-Erfolg dargestellt hat.

Bedeutung der Frau im Mittelstand bewußt machen

Bedeutung und Probleme von Frauen im Mittelstand müssen nach Ansicht der Union in der politischen Diskussion stärker als bisher berücksichtigt werden. Auf dem 3. Frauen-Fachkongreß der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung (MIT) kritisierte deren Bundesvorsitzender Gerhard Zeitel vor Journalisten in Bonn, daß soziale Verbesserungen ausschließlich an der Situation der Arbeitnehmerinnen orientiert seien, während die Interessen der Frauen im Mittelstand außer acht blieben. So müsse die steuerliche Belastung gerechter werden, um auch Frauen, die im Betrieb ihrer Ehemänner arbeiten, eine ausreichende soziale Fürsorge zu gewährleisten.

Typische Frauenprobleme gibt es nach Ansicht Zeitels im Mittelstand nicht. Gerade hier sei die partnerschaftliche Beziehung von Mann und Frau notwendig und verwirklicht worden. So seien ohne die Mitarbeit von Frauen mehr als die Hälfte der Unternehmen nicht mehr überlebensfähig. Auch die Tatsache, daß jedes dritte Unternehmen mittlerweile von einer Frau gegründet werde, verdeutliche die wichtige Rolle der Frau im Mittelstand, betonte der CDU-Politiker. Wichtig sei daher, durch eine gründliche Untersuchung gesichertes Wissen über die Situation dieser Frauen zu sammeln und in der politischen Arbeit zu berücksichtigen.

Auf dem gleichen Kongreß hat sich Bundesfamilienministerin **Rita Süssmuth** für eine Verlängerung der Bezugszeit von Erziehungsgeld eingesetzt. Die Ministerin sagte, eine Verlängerung sei sinnvoller als eine Erhöhung des Geldbetrages. Hierfür

spreche die hohe Zahl der Inanspruchnahme aufgrund der bereits geltenden Regelung. Nach Angaben von Frau Süssmuth sei das Erziehungsgeld bisher zu 96 Prozent in Anspruch genommen worden. Im ersten Halbjahr 1986 hätten auch 3 000 Männer Erziehungsgeld bekommen.

Als eine der Hauptaufgaben bezeichnete die Ministerin die familienfreundlichere Gestaltung des Arbeitslebens. Hierbei spiele die Arbeitszeit die wichtigste Rolle. Sie appellierte deshalb an beide Tarifparteien, mehr Teilzeitarbeitsplätze nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer anzubieten. Nach den Worten von Frau Süssmuth ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Sie werde in ihrem Ministerium durch die Errichtung einer eigenen Abteilung für Frauenpolitik „die Voraussetzungen dafür schaffen, daß auf diesem wichtigen Politikfeld mehr geschieht als bisher“.

Private Verbrauch stärkt die Konjunktur

Die konjunkturelle Grundtendenz in der Bundesrepublik bleibt nach Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aufwärts gerichtet und sei zudem etwas kräftiger als in den meisten westeuropäischen Ländern und den USA. Die entscheidende Bestimmungsgröße sei derzeit die Binnennachfrage, stellte der Verband in seinem jüngsten Konjunkturbericht fest. Ein kräftiger privater Verbrauch und lebhafte Investitionstätigkeit kompensierten die abschwächenden Wirkungen des realen Außenbeitrags.

Baugesetzbuch verabschiedet: Städte sollen wieder wohnlicher werden

Der Deutsche Bundestag hat am 24. Oktober 1986 das von der Bundesregierung vorgelegte Baugesetzbuch gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet. Das neue Gesetz, das nach dreijähriger Vorarbeit von Regierung und Parlament die Bestimmungen des Städtebauförderungs- und des Bundesbaugesetzes von bisher insgesamt 286 in künftig nur noch 247 Paragraphen zusammenfaßt, soll am 1. Juli 1987 in Kraft treten. Der Bundesrat will darüber am 28. November abschließend beraten.

Das Baugesetzbuch soll das Bauen in den Stadtzentren und außerhalb erleichtern, aber zugleich den ungehemmten Bodenverbrauch und die Landschaftszersiedlung stoppen. Einer der Kernpunkte ist die Stärkung der Hoheit der Gemeinden bei der Bauplanung, wodurch die Baugenehmigungen beschleunigt werden sollen. In der dreistündigen Debatte erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Franz Möller, u. a. folgendes:

Das Baugesetzbuch erfüllt die Wünsche und Vorstellungen

- der Bürger, die bauen wollen,
- der kommunalen Praxis, die es handhaben muß und
- der Wissenschaft, die es kommentieren wird.

Künftig wird es schneller möglich sein, Streitfragen bundeseinheitlich zu klären.

Das Baugesetzbuch

- faßt die rechtlichen Grundlagen des Städtebaus in einem einheitlichen Gesetzeswerk zusammen. Aus dem Bundesbau-

gesetz und dem Städtebauförderungsgesetz ist ein Gesetzbuch geworden.

- Die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Städtebaus sind neugefaßt und klar geregelt.
- überflüssige Bestimmungen wurden abgebaut,
- das Bauen wird erleichtert.
- die Aufstellung von Bauleitplänen wird beschleunigt und vereinfacht,
- die Planungshoheit der Gemeinden ist gestärkt worden,
- die Rechtssicherheit der Bauleitpläne ist wesentlich erhöht worden.

Das Baugesetzbuch bringt für Städte und Gemeinden, für Bürger und Bauwillige, für Natur und Umwelt eine Vielzahl wichtiger Änderungen und Verbesserungen.

Die städtebaulichen Instrumente zugunsten des Umweltschutzes und des Denkmalschutzes werden verbessert. Das Baugesetzbuch leistet einen wichtigen Beitrag zur Stadtökologie. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist mit diesem Gesetz vollzogen. Der Schutz und die Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen wird deutlich verstärkt. Mit Grund und Boden muß sparsam und schonend umgegangen werden. Statt der ständigen Neuausweisung von Bauland können und sollen sich die Gemeinden stärker auf die Entwicklung der Innenstädte konzentrieren.

Die Wiederverwendung brachliegender Flächen, die behutsame Stadterneuerung, die Verbesserung des Wohnumfeldes, die Erhaltung des Gebäudebestandes — insgesamt: die Wiederbelebung der Innenstädte — sind Aufgaben der Gegenwart

und Zukunft, die mit dem neuen Gesetz besser gelöst werden können.

Auch dem Gesetzentwurf der Bundesregierung kritisch gegenüberstehende Verbände — wie der Bund Deutscher Architekten — haben eingeräumt, daß das Gesetz „viele Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Recht enthält“ und daß in der Umweltvorsorge versucht wird, die „Weichen für die Zukunft zu stellen“.

Die kommunale Selbstverwaltung, die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden werden wesentlich gestärkt, ohne daß die Beteiligung der Bürger eingegrenzt oder verringert wird.

Betriebe von Industrie, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft erhalten die Möglichkeit im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung an ihrem Standort zu investieren, um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen: Die erleichterte Erteilung von Befreiungen, die erweiterte Möglichkeit der Vorwegengenehmigungen von Vorhaben während der Planaufstellung, die Neufassung der Zulässigkeitsvorschriften und der neue Genehmigungstatbestand werden sich für die investitionsbereiten Betriebe und damit auf die Arbeitsplätze positiv auswirken.

Auch die neuen Abgrenzungen zum Immissionsschutzrecht werden — wie die verbesserten Vorschriften zur Sicherung der Bestandskraft von Bauleitplänen — dazu beitragen, das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und rechtlich sicherer zu machen.

Mittelständische Betriebsformen des Einzelhandels haben für die geordnete städtebauliche Entwicklung eine erhebliche Bedeutung. Durch das Baugesetzbuch werden die Gemeinden stärker als bisher dazu angehalten, bei der Aufstellung der Bauleitpläne u. a. die Belange der Wirtschaft „auch in ihrer mittelständischen Struktur im Interesse einer verbraucher-

nahen Versorgung der Bevölkerung“ zu berücksichtigen.

Fremdenverkehrsorte können künftig die Begründung oder Teilung von Wohnungseigentum der Genehmigung unterwerfen.

Im neuen Baugesetzbuch sind auch die Belange des Sports angemessen berücksichtigt. Sport- und Spielanlagen können künftig ohne die Einengungen des bisherigen Rechts in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen festgesetzt werden. Grundsätzlich können Sport- und Spielanlagen auch in Wohngebieten oder wohngebietnah geplant werden. Wie bei allen Festsetzungen wird aber die Gemeinde darauf bedacht sein müssen, Konflikte durch sorgfältige Abwägung zu vermeiden.

Die Gemeinden können künftig durch Neuregelung der Veränderungssperre städtebauliche unerwünschte Nutzungsänderungen besser und schneller beeinflussen.

Für den Bau von Kinderspielplätzen soll künftig kein Erschließungsbeitrag gezahlt werden. Hierdurch wird ein wichtiges Hemmnis abgebaut, das bisher vielerorts dem nachträglichen Bau von Kinderspielplätzen z. B. in Altstadtquartieren entgegenstand.

Das städtebauliche Sanierungsrecht ist erheblich vereinfacht worden. Zugleich können die Gemeinden die städtebaulichen Sanierungsziele wesentlich flexibler durchsetzen.

Die Einführung einer „7-Jahres-Frist“ für die Rüge materieller Fehler von Bauleitplänen wird erheblich zur Rechtssicherheit beitragen.

Dieses Gesetz darf nicht toter Buchstabe bleiben. Es liegt an den Städten und Gemeinden, an den Bürgern und an allen am Städtebau Beteiligten, es mit Leben zu erfüllen.

Neu im Angebot



Der Stoffaufkleber „Offensive 87“ ist ausgelaufen. Wir bieten Ihnen daher den neuen Textil-Aufkleber „Weiter so, Deutschland“ an. Er eignet sich hervorragend für alle Mitglieder um zu zeigen, daß sie aktiv im Wahlkampf mitmachen, sei es bei Canvassingaktionen oder anderen Wahlveranstaltungen sowie zum Weitergeben.

Mindestbestellmenge: 90 Stück

Preis pro Mindestbestellmenge: 24,- DM

Bestell-Nr.: 9857

Zielgruppenveranstaltung Mittelstand

Unter dem Motto „Leistungsfähiger Mittelstand: Garant für eine humane Zukunft, Ideen — Leistung — Arbeitsplätze“ findet am Samstag, dem 15.

November 1986 in der Stadthalle Düsseldorf die ganztägige Zielgruppenveranstaltung Mittelstand statt. Als Hauptredner werden Bundeskanzler Helmut Kohl sowie Generalsekretär Heiner Geißler erwartet. Der NRW-Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf wird ein Grußwort sprechen. Von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr besteht für die Teilnehmer Gelegenheit, an sechs Diskussionsforen teilzunehmen.

Anmeldungen für diese Zielgruppenveranstaltung sind an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, 5300 Bonn 1, zu richten.

„Hamburg am Wochenende“ – 700 000 Exemplare verteilt

„Wir wollen wieder Ordnung in Hamburg“ — so lautet die Überschrift der Zeitung „Hamburg am Wochenende“, die gemeinsam von der Bundespartei und der Hamburger CDU für den Bürgerschaftswahlkampf herausgegeben wird. An allen Wochenenden bis zur Wahl am 9. November 1986 werden ehrenamtliche Helfer die Zeitung in einer Auflage von 700 000 Exemplaren an alle Haushalte der Freien und Hansestadt Hamburg verteilen.

Eine ähnliche Aktion in Niedersachsen hatte entscheidend dazu beigetragen, daß die CDU mit Ernst Albrecht die Wahl gewinnen konnte. Niedersachsen und Hamburg sind auch „Probeläufe“ für den bundesweiten Start im Januar 1987. An den drei letzten Wochenenden vor der Bundestagswahl wird die Zeitung unter dem Titel „Deutschland am Wochenende“ bundesweit — mit Ausnahme Bayerns — verteilt.

Broschüre zur Teilzeitarbeit

„Es gibt eine verblüffende Vielfalt von Formen und Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, die sich immer noch nicht bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern herumgesprochen haben.“ Mit diesen Worten stellte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die neue Broschüre „Teilzeitarbeit“ seines Ministeriums vor.

Die Broschüre kann angefordert werden: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 5300 Bonn 1. Telefonische Bestellungen bitte auf Anrufbeantworter (0228) 5 27-51 30.

Wir lieben Kinder



Für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft



Aufschwung sichert die Zukunft



Steigende Einkommen
Stabile Preise
Mehr Arbeitsplätze



Unsere Argumente

Im Wahlkampf müssen wir unseren Wählern sagen, was wir in den letzten vier Jahren geleistet haben und was wir in den nächsten vier Jahren tun werden. In den sechs neuen Broschüren zu allen wichtigen Themenbereichen finden Sie unsere guten Argumente. Für die Mitglieder, um sich für die Wahlkampfauseinandersetzung fit zu machen und zum Weitergeben an unsere Wähler.

Für alle Broschüren gilt Mindestabnahme
50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM

① „Wir lieben Kinder“
Bestell-Nr.: 5786

② „Aufschwung sichert die Zukunft“
Bestell-Nr.: 5776

③ „Aus Liebe zur Heimat“
Bestell-Nr.: 5792

④ „Freiheit und Sicherheit für alle“
Bestell-Nr.: 5775

⑤ „Sicher und geborgen“
Bestell-Nr.: 5790

⑥ „Frieden und Freiheit“
Bestell-Nr.: 5791

Aus Liebe zur Heimat



Natur- und Umweltschutz für eine lebenswerte Zukunft

CDU
||| *Die Zukunft*

Freiheit und Sicherheit für alle



Den Bürger schützen – Den inneren Frieden erhalten

CDU
||| *Die Zukunft*

Sicher und geborgen



Sozialpolitik mit Herz und Verstand

CDU
||| *Die Zukunft*

Frieden und Freiheit



Die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Regierung Helmut Kohl

CDU
||| *Die Zukunft*

Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung

Reden des Sicherheitspolitischen Kongresses
der CDU am 14. Mai 1986 in Bonn



Broschüre: Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung

Die Broschüre „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“ enthält die Reden von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, MdB, Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner, MdB, und vom Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe, MdB, und behandelt folgende Themen:

- Die ethischen Grundlagen der NATO
- Vertrauen in die Zukunft: Unsere Sicherheitspolitik für die neunziger Jahre
- Die USA und Europa im Ost-West-Dialog

Mindestabnahme: 10 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 13,— DM

Bestell-Nr.: 3863

Faltblatt: Unsere Politik für die Soldaten

Dieses 16seitige, ansprechend gestaltete Faltblatt eignet sich zur Verteilung bei Straßencanvassingaktionen, Fachveranstaltungen und gezielten Verteilaktionen in Bundeswehrstandorten.

Mindestabnahme: 100 Expl.

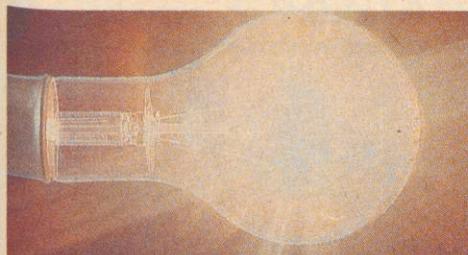
Preis pro Mindestabnahme: 26,— DM

Bestell-Nr.: 2848

Alle Bestellungen an:
IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28, 4804 Versmold



Unsere Politik für die Soldaten



Sichere Energien für eine humane Zukunft

CDU



Diese neue Broschüre ist eine wichtige Argumentationshilfe im Bundestagswahlkampf. Sie enthält eine Darstellung unserer Energiepolitik, den Ausstiegsbeschluß der SPD und die Widerlegung der falschen Behauptungen der SPD.

Broschüre: Sichere Energien für eine humane Zukunft

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 5911

Die Angriffsbrochüre: Betrifft: SPD

Die Bundestagswahl 1987 ist eine politische Richtungsentscheidung. Entweder vorwärts mit der CDU in eine sichere Zukunft oder rückwärts mit der SPD in die Krisen der 70er Jahre. Bis heute ist es der

SPD nicht gelungen, sich in der Opposition inhaltlich und personal zu erneuern. In dieser Broschüre finden Sie alle Argumente, die gegen die Politik der SPD sprechen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr. 5789

Betrifft: SPD

Minusbilanz der Opposition

Handbuch für die politische Argumentation

In diesem ausführlicherem Handbuch sind alle politischen Argumente der CDU zusammengestellt. Ein unentbehrliches Brevier für alle, die im Wahlkampf schreiben oder reden müssen.

Mindest-
abnahme:
5 Exem-
plare
Preis pro
Mindest-
abnahme:
20,— DM
Bestell-Nr.:
3907

Zahlen · Daten · Fakten

Handbuch für die politische Argumentation



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Der USA-Besuch des Bundeskanzlers im Spiegel der Presse

„Reagans Lob für den Bundeskanzler:
stark und standfest.“

(Bonner Rundschau vom 23. 10. 1986)

„Reagan empfing Kohl als alten Freund.“
(Stuttgarter Zeitung vom 23. 10. 1986)

„Kohl machte die Interessenlage der Euro-
päer in freundlich-behutsamer Form deut-
lich.“
(Badische Zeitung vom 23. 10. 1986)

„Kohl betont die europäischen Interessen.“
(Rheinische Post vom 22. 10. 1986)

„Kohl setzt sich bei Reagan für Raketen-
Nulllösung in Europa ein.“
(Frankfurter Neue Presse, 22. 10. 1986)

„Reagan zeigt für Kohl Verständnis ...
Herzliche Atmosphäre.“
(Die Welt vom 22. 10. 1986)

„Betonte Einmütigkeit und unterschiedli-
che Akzente — Kohl erinnert in Washing-
ton daran, die europäischen Sicherheitsin-
teressen im Auge zu behalten.“
(Generalanzeiger, Bonn, vom 23. 10. 1986)

„Eitel Sonnenschein allenthalben? Die
deutsch-amerikanischen Beziehungen sind
in der Tat gut, was nicht zuletzt dem per-
sönlichen Verhältnis der beiden Regie-
rungschefs zu verdanken ist.“

(Rheinische Post vom 22. 10. 1986)

„In Washington nimmt der Bundeskanzler
kein Blatt vor den Mund.“

(Kölnische Rundschau vom 22. 10. 1986)

„Der Kanzler hat in Washington nationale
und europäische Belange mit Festigkeit
vertreten.“

(Bonner Rundschau vom 24. 10. 1986)

„Kohl spürte, daß das, was er als Sprecher
Europas über die Abrüstungssituation nach
Reykjavik zu sagen hatte, hier durchaus
ernst genommen wurde.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 24. 10. 1986)

„Es war bedeutsam, daß der Kanzler in
den Abrüstungspoker der nuklearen Welt-
mächte rechtzeitig die europäische Karte
einbrachte. Offensichtlich hat Reagan für
die spezielle Interessenlage seiner Verbün-
deten das notwendige Verständnis aufge-
bracht.“

(Berliner Morgenpost vom 24. 10. 1986)



33/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-
Druck, Düsseldorf.